

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

29. Oktober 1958

318/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pfeiffer, Dr. Zechmann und Genossen
an die Bundesregierung,

betreffend die Einbringung des Entwurfes eines Bundesgesetzes über die
Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz).

-.-.-.-

Mit unserer Anfrage 234/J vom 5. März 1958 haben wir unter Hinweis auf
die Erklärungen des Herrn Vizekanzlers und der Sprecher der beiden Regierungs-
parteien am 5. 11. 1957 im Budgetausschuss gefragt, ob die Bundesregierung
bereit ist, dem österreichischen Nationalrat den Entwurf eines Gesetzes über
die Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz) ehestens
vorzulegen, und ob mit der deutschen Delegation Verhandlungen über eine
Beitragsleistung der Bundesrepublik Deutschland für die deutschen Dienst-
zeiten österreichischer Beamter geführt werden.

Diese Anfrage blieb ebenso wie die vorangegangene Anfrage 166/J vom
10. Juli 1957 unbeantwortet.

Da das seit Jahren fällige Gesetz das Zehntausenden von öffentlichen
Bediensteten (Beamten, Militärpersonen, Vertragsbediensteten) und ihren
Familien zugefügte schwere Unrecht beseitigen soll, stellen die unterzeich-
neten Abgeordneten an die Bundesregierung neuerlich die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, dem österreichischen Nationalrat end-
lich den Entwurf des so lange erwarteten Gesetzes über die Regelung dienst-
rechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz) vorzulegen und über den
Stand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland wegen einer
Beitragsleistung für die deutschen Dienstzeiten zu berichten?

-.-.-.-